

Lernen tut weh

Genau vier Jahre Zeit brauchten Hamburgs Sozialdemokraten, um zu erkennen, welch gefährlichen Zündstoff sie am 25. Oktober 1949 gelegt hatten. An jenem Tage verabschiedeten sie in der Hamburger Bürgerschaft mit den Stimmen der Kommunisten das „Gesetz über die Schulreform der Hansestadt Hamburg“.

Es ersetzte die alte deutsche Schulgliederung (Volksschule, Mittelschule, Oberschule) durch die „Allgemeine Volksschule“, eine neue Konstruktion mit sechs (statt

bisher vier) Jahren Grundschule und drei Oberschulzweigen:

- Wissenschaftliche Oberschule (WO) mit sieben Jahren Vollunterricht (entspricht dem alten Gymnasium und der alten Oberrealschule);
- Technische Oberschule (TO) mit vierjährigem Vollunterricht (an Stelle der bisherigen Mittel- und Realschule), die solche Schüler erfaßt, deren „Begabung überwiegend auf die praktische Anwendung theoretischer Kenntnisse eingestellt ist und die für die Technik des industriellen und des Verkehrslebens, des kaufmännischen Lebens und der Verwaltung und für die sozialen und hauswirtschaftlichen Berufe in Betracht kommen“;
- Praktische Oberschule (PO) mit dreijährigem Vollunterricht (entspricht den

oberen Klassen der ehemaligen Volksschule).

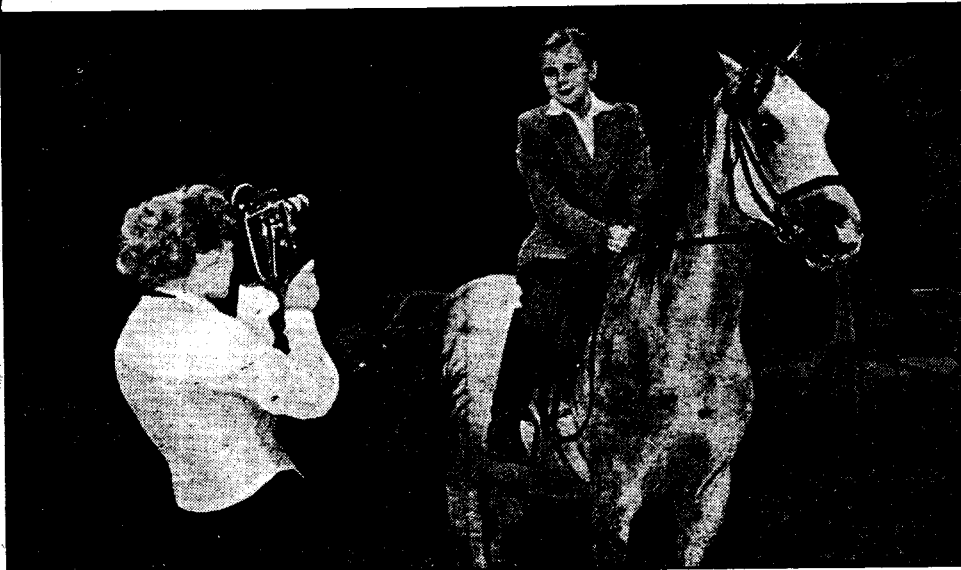
Die Vertreter der CDU und FDP stieflelten damals demonstrativ aus dem Saal der Hamburger Bürgerschaft. Seitdem ist die Schulreform in der Hansestadt zu einem Quell erbitterter Debatten und wachsender Verärgerung geworden. Die oberen Gehaltsklassen fuchsten sich darüber, daß sie ihre Söhne nicht auf dieselbe Schule schicken konnten, die sie einst besucht hatten, und schon gar nicht auf das (inzwischen abgeschaffte) humanistische Gymnasium; die unteren nörgelten über die sechsjährige Grundschulzeit, denn wenn sie schon Einsparungen und Überstunden machten, um ihre Kinder auf die höhere Schule zu schicken, dann wollten sie dieses gesellschaftlich achtbare Faktum auch vom zehnten Lebensjahr an verbuchen können.



DEN GLANZ DER GROSSEN WELT

brachte Kristina Söderbaum nach Nürnberg-Stein, als sie mit blankpoliertem Buick Eight vor der Reitschule der Gräfin Marga von Sekendorff vorfuhr. In modischer Weste und langen Reithosen begab sie sich in den Stall, besah lange und gründlich den Araber-Lipizzaner-Hengst „Kanonier“, ritt einige Runden und sprach: „Den nehme ich“. In schöner Leinwandpositur ließ sich dann die für den deutschen Film offenbar unentbehrliche Darstellerin zusammen mit „Kanonier“ aufnehmen. Schlicht und menschlich gab sie sich bei einem Kaffeekränzchen nach abgeschlossenem Geschäft, obwohl

das Internationale der Atmosphäre durch die Anwesenheit von Monsieur Hougue, Direktor des Pariser „Cirque d'Hiver“, gewahrt blieb. Die beiden Söhne Kristinas durften vor dem Objektiv von Mamas Kamera ein anderes Schulpferd besteigen. Danach ging es zurück nach München, zu den Dreharbeiten für den teuersten deutschen Nachkriegsfilm „Sterne über Colombo“, unter anderem mit „Kanonier“, der noch in einem zweiten Film mitwirken soll. Dann kehrt er heim nach Stein; denn „Kanonier“ ist nicht verkauft, sondern nur per Leih- und Pachtvertrag für Kristina Söderbaums Film verpflichtet.



Über die Jahre und über die Kritik auf den Elternversammlungen und in den Leserbriefspalten der Lokalblätter verschoben sich die Dimensionen. Das Problem verlagerte sich von der sozial-pädagogischen Ebene auf die politische. Allmählich wurde den Sozialdemokraten klar, daß sie sich mit der Schulreform selbst eine Zeitzunderbombe unter den Hamburger Bürgermeisterstuhl gelegt hatten. (CDU-Fraktionschef Erik Blumenfeld: „Die Schulreform im Alleingang war der kapitalste Fehler, den die SPD machen konnte.“)

Diese Bombe droht am 1. November, dem Tag der Neuwahlen für die Hamburger Bürgerschaft, zu detonieren und die Sozialdemokraten aus dem Rathaus zu sprengen. Vergangene Woche, als sich der Wahlkampf zuspitzte, war jedenfalls das Ticken des Zünders schon deutlich vernnehmbar. Der „Hamburg-Block“, in dem die bürgerlichen Parteien und der BHE vereinigt sind, versprach auf schultafel-ähnlichen Schildern „Bessere Schulen“.

Da die Wahlkampfgegner sich in den meisten Wahlzusagen (wie Wohnungsbau, Arbeitsbeschaffung usw.) kaum wesentlich unterscheiden, war die vielgelobte, vielgelästerte Schulreform eindeutig zum Angelpunkt des Wahlkampfes geworden. In seinem Acht-Punkte-Programm gelobte der „Hamburg-Block“ den Wählern, ab Ostern 1954 wieder die vierjährige Grundschule* einzuführen und die bisherige Schulreform unter Beibehaltung der Lernmittelfreiheit und der Erziehungsbeihilfe für begabte Kinder „vorsichtig zurückzudrehen“. (FDP-Fraktionschef Engelhard: „Wir wollen das nicht auf dem Rücken der Kinder austragen.“)

In großen Anzeigen bekriegten sich Schulreformer und Schulreform-Reformer in der Hamburger Presse. „Damit unsere Jungen und Mädchen in neuen und hellen Klassenräumen eine gute Schulausbildung erhalten, wählen wir in die neue Bürgerschaft erfahrene Mütter und Väter des Hamburg-Block“, inserierten die Bürgerlichen. Die SPD, schon weitgehend in der Defensive, verwahrte sich in einer gleichgroßen Annonce: „Wir wehren uns gegen Begabungsdünkel von Hamburg-Block und

* Außer Hamburg haben unter SPD-Regierung auch die Länder Bremen und Berlin die sechs-jährige Grundschulzeit eingeführt.



Bombe unterm Stuhl
Für sechs Jahre Grundschule: Landahl

„Hanseat“, die unsere Praktische Oberschule als ‚Magermilchschule‘ verhöhn.“

Den Schulreformen von 1949, an ihrer Spitze Schulsenator Heinrich Landahl (SPD) und Landesschulrat Ernst Matthewes, ging es bei der organisatorischen Neugestaltung der Schule im wesentlichen um

- gemeinsame Unterrichtung aller Kinder bis zum 12. Lebensjahr (sechsjährige Grundschule);
- anschließende Überführung aller Kinder in einen von drei gleichwertigen

* „Der Hanseat“: Von der CDU und durch Anzeigen finanziertes Blatt, das seit dem 26. Juli 1952 mit einer Auflage von 650 000 Exemplaren als Wahlkampfmittel von der Hanseat Verlags Gesellschaft m. b. H., Hamburg, herausgegeben und gratis verteilt wird.

Oberschulzweigen, also: Fortfall der bisherigen „Höheren Schule“ und der alten „Volksschule“;

- statt dessen Zusammenfassung sämtlicher Schulzweige unter dem gemeinsamen Dach der „Allgemeinen Volksschule“. Im Idealfall sollte dieses Dach nicht nur organisatorisch, sondern auch baulich — in einem größeren Gebäudekomplex — die Schüler der verschiedenen Oberschulen unter sich vereinen (sogenannte Einheits- oder Concordia-Schule);
- Schulgeld- und Lernmittelfreiheit.

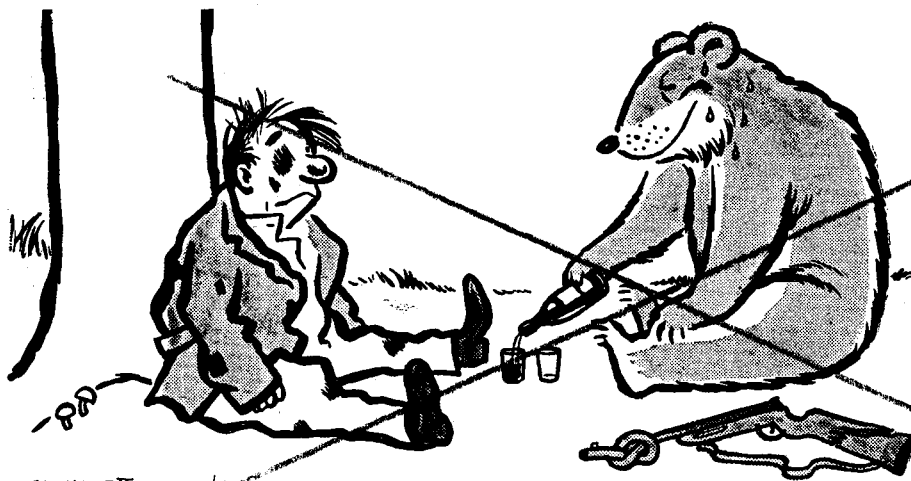
„Der Werdegang des Schülers“, argumentierte Landesschulrat Matthewes, „wird gestört, wenn zu früh mit dem systematischen Unterricht der Oberschule begonnen wird. Bis dahin begreift er die Welt noch als ein lebendiges Ganzes.“

Die sechsjährige Grundschule soll ihm diese Welt bis zum zwölften Lebensjahr erhalten, indem sie — an Stelle des in Fächer aufgesplitterten Oberschulbetriebes — im sogenannten „Gesamtunterricht“ das „natürliche und echte, an der konkreten Umwelt orientierte Wissensbedürfnis des Kindes“ stillt.

„Wir müssen die Diktatur des aus einer Vielzahl von Fächern hervorquellenden Wissensstoffes abschütteln“, begeisterte sich Kultursenator Landahl überschwenglich, „und diesem tyrannischen, unerschöpflichen, ins uferlose sich verlierenden Stoff gegenüber das Recht des Kindes zur eigenen, aus ihm drängenden Arbeit proklamieren. Sie werden mehr lernen durch eigenes Planen, Ausführen, Beobachten, als durch noch so aufmerksames Zuhören und Lesen.“

Die Themen des Gesamtunterrichts heißen dementsprechend nicht Deutsch, Rechnen oder Heimatkunde, sondern „Der Wald“ oder „Die Meierei“. Bei ihrer Behandlung lassen sich in anschaulicher Weise zoologische, botanische, geographische, volkswirtschaftliche und viele sonstige Kenntnisse vermitteln und auch praktische Rechen-Exempel erstellen, bei denen nach Kubikmetern Holz oder dem Ertrag an entrahmter Frischmilch gefragt wird.

Auch die äußere Form des Unterrichts wandelt sich: Der Lehrer steht nicht mehr vor der Klasse und doziert (Frontal- oder Lernunterricht), sondern die Schüler er-



GIOVANNETTI

...DARAUF EINEN *Dujardin*



MAGEN Beschwerden

Nervöse Magen- und Darmstörungen
Magenkrämpfe
Übersäuerung
Magendruck
Sodbrennen

NERVOGASTROL
hat Dauerwirkung

NUR IN APOTHEKEN DM 1.95 u. 3.45

arbeiten sich in Arbeitsgruppen die gestellten Themen selbst, „wohlwollend beaufsichtigt und beraten“ von dem einst gefürchteten Pauker (Arbeitsunterricht). Gelernt wird dabei, so behaupten die Schulreformer, gleichsam spielend (SPIEGEL 42/1953). Die Reformgegner dagegen sprechen von „amorpher Pädagogik“.

Zugleich verfolgen die Sozialisten mit der verlängerten Grundschule nach eigener Aussage einen sozialpolitischen Zweck: Der angehende Intellektuelle soll mit dem angehenden Handwerker länger dieselbe Schulbank drücken und dessen mehr praktische Begabung schätzen lernen, bevor ihn die Wissenschaftliche Oberschule, die nach Ansicht mancher Schulreformer nichts weiter ist als eine „nach unten getropfte Universität“, in die abstrakt-theoretische Mache nimmt. Auf diese Weise wollen die Schulreformer den Sinn für die Einheit und Zusammengehörigkeit aller Schichten des Volkes stärken und sowohl jeglichen „Standesdünkel“ als auch etwaigen intellektuellen Hochmut von vornherein erstickten.

Gleichzeitig ersetzte die Hamburger Schulbehörde die bisherige negative durch die „positive“ Auslese. Landesschulrat Matthewes: „Wir sagen dem Kind nicht mehr: ‚Du bist nicht geeignet für die Wissenschaftliche Oberschule‘, sondern wir sagen: ‚Du bist am besten geeignet für die Praktische Oberschule.‘“ Der Ober- schüler wird demzufolge nicht mehr nach der intellektuellen Begabungshöhe ausgewählt, sondern nach der mehr theoretischen oder mehr praktischen Begabungsrichtung, die nach sechs Grundschuljahren klar zu erkennen sein soll. Soweit die Theorie.

Das positive Ausleseverfahren („Du bist für die Technische Oberschule geeignet“), das besonders die Eltern in Rage brachte, hat inzwischen schon Anlaß zu einem interessanten Prozeß gegen die Hamburger Schulbehörde gegeben. Gegenstand: Die Schule hatte einen Jungen auf Grund der Begabtenauslese in die Technische Oberschule geschleust, der Vater wünschte, daß der Junge die Wissenschaftliche Oberschule besuche. Ergebnis: Das Landesverwaltungsgericht gab dem Vater recht, die Schulbehörde legte Berufung ein, das Oberverwaltungsgericht mußte darüber entscheiden. Die Schulbehörde verlor auch in der zweiten Instanz.

Im Urteil heißt es: „Das neuartige Ausleseverfahren der Behörde entspricht nicht dem Grundgesetz, das die freie Entfaltung der Persönlichkeit und den Eltern das Recht auf Pflege und Erziehung ihrer Kinder gewährleistet.“

Im einzelnen begründete das Gericht: „Ein Ausleseverfahren, nach dem es darauf ankommen soll, die besonderen Neigungen, Anlagen und Befähigungen eines Kindes zu ermitteln, auf Grund deren es für die ihm gemäße Form der Oberschule vorzuschlagen ist, ist rechtswidrig, weil die Schule damit für sich ein staatliches Lenkungsrecht der Schulbildung in Anspruch nimmt, das die Grundrechte der freien Entfaltung der Persönlichkeit und der elterlichen Erziehung verletzt (Artikel 2, I; 6, II und 12, I des Grundgesetzes).“

Weiter: „Über die einem Kinde gemäße Schule haben zunächst nur die erziehungsberechtigten Eltern und nicht der Staat zu entscheiden. Dieser hat insoweit nur die Rechte anderer zu wahren, indem er die unbegabten und ungeeigneten Kinder ausscheidet.“

Die Schule muß also — in der Terminologie des Hamburger Landesschulrats — wieder wie ehemals sagen: „Du bist für die WO nicht geeignet.“

Die Wahlparole, die sich aus diesem Urteil münzen läßt, hatte CDU-Blumenfeld

schon vor Wochen parat: „Elternrecht vor staatlichem Dirigismus.“ Am liebsten würde er die Auslese überhaupt abschaffen und in den unteren Jahren der Oberschule den freien Wettbewerb einführen, den er als Hamburger Kaufmann gewohnt ist und schätzt: „Es wird sich ja zeigen, wer nicht mitkommt und sitzenbleibt.“

Gegen diese Auffassung aber hatte SPD-Kultursenator Landahl sich schon bei der Bürgerschaftsdebatte gewehrt: „Nein, die Sitzenbleiber sind ein Fluch für die Schule; denn sie kommen ja nun in eine andere Klasse, in die nachrückende Klasse, die ihre Arbeitsgemeinschaft, ihre Arbeitsform entwickelt hat, und sind in dieser ein Fremdkörper, ein widerspenstiger, natürlich widerspenstiger Fremdkörper, und stören auf Wochen und Monate, manches Mal auf Jahre die wirklich gute, fruchtbare Arbeit der Klasse.“

Aber das Ausleseverfahren berührt auch noch ein anderes Problem, das das Hamburger Oberverwaltungsgericht in seiner Urteilsbegründung anbohrte: die von der Hamburger Schulbehörde proklamierte „Gleichwertigkeit“ der drei Ober- schulzweige. So entschied das Hamburgische Oberverwaltungsgericht: „Von einer Gleichwertigkeit der sogenannten Praktischen und Wissenschaftlichen -Oberschule kann solange nicht gesprochen werden, als nicht das regelmäßige Ziel aller Schulen das Reifezeugnis darstellt . . .“

Zum Besuch der Universität berechtigt nämlich auch in Hamburg nach wie vor nur das Abgangszeugnis der WO, das freilich von der Behörde Kultursenator Landahls nicht mehr „Abitur“ genannt wird. Schon vorher bezweifelten Gegner der Schulreform, ob es dem Volksschüler etwas nütze, wenn man ihn heute „Praktischen Oberschüler“ nenne.

Die bürgerlichen Schulreform-Gegner witterten darüber hinaus von Anfang an den Versuch sozialistischer Gleichmacherei. Auf den Begriff „Einheitsschule“ reagierte CDU-Fraktionschef Blumenfeld mit einem verärgerten „Schul-Kolchose“. Im Schulausschuß der Bürgerlichen, der eigens für den Wahlkampf Argumente gegen die Schulreform sammelte, formuliert man gemäßiger: „Begabung darf nicht zu einem Vorwurf werden, der dadurch gesühnt wird, daß man

begabte Kinder zwei Jahre länger als nötig auf der Grundschule festhält. Wir müssen wieder zur Bildung einer echten Elite kommen.“

Die Kommission stellt sich einerseits schützend vor die Wissenschaftliche Oberschule (Kommissionsmitglied Dr. Roland Seffrin: „Wir setzen die Begabung wieder in ihr volles Recht ein“), will aber andererseits den Praktischen und Technischen Oberschulen „schärfer profilierte Bildungsziele“ geben. Vor allem die TO ist nach Ansicht der bürgerlichen Schulleute ein beklagenswerter Zwitler geblieben.

Die Humanisten sollen nach dem Willen von Dr. Seffrin ein zusätzliches Geschenk erhalten: „Es erscheint uns notwendig, unter den 42 Wissenschaftlichen Oberschulen in Hamburg auch wieder vier Gymnasien mit wahlweisem Griechisch-Unterricht einzuführen.“ Die Schulreformer aber sehen in den alten „Gelehrtschulen“ die Brut-



Edle Orient-Tabake

Spitzensorten aus klimatisch besonders günstigen Distrikten Mazedoniens und Kleinasiens - bilden die F58-Mischung. In gefilterter Reinheit entfaltet sich ihr genußreiches, duftiges Aroma.

Als erste deutsche Filter-Zigarette erhielt F58 auf der Internationalen Messe in Saloniki 1952 die höchste Auszeichnung. Damit bestätigten die kritischsten Tabakfachleute der Welt die Erfahrung sehr anspruchsvoller Raucher.

GEFILTERTER RAUCH - REINER GENUSS

Die klassische **FILTER** Zigarette

10 Pf

stätte vieler sozialer Übel und erwarten von der neuen Grundschule, daß sie gegen dieses Übel immun macht.

Die Hamburger Universität warnte dagegen (schon 1949) in einer Denkschrift, man dürfe sozialpolitischen Argumenten nicht den Vorrang vor pädagogischen Erwägungen geben. „In den Reformvorschlägen werden der Schule sozialpolitische Aufgaben zugeschrieben, die für sie wesensmäßig unerfüllbar sind.“

Die pädagogischen Absichten der Schulreform „im Sinne der Kindertümmlichkeit und der Aktivierung der seelisch-geistigen Kräfte“ nannten die Professoren der Hamburger Uni eine „Theorie von gestern und vorgestern“.

In den vier Jahren seit der Reform haben sich die Fronten verhärtet. Die Wissenschaftliche Oberschule, ohnehin traditionsgebundener und weniger reformfreudig als beispielsweise die Volksschule, mußte sich die Sexta und Quinta amputieren lassen. Aber nach wie vor soll sie mit der Oberprima das in seinen Anforderungen nicht geminderte Abitur erreichen. So in ihren Fundamenten angeknackst, beäugte sie die ersten Jahrgänge, die ihr von der verlängerten Grundschule überwiesen wurden, besonders kritisch und stellte mit einer gewissen Befriedigung fest: Die neuen Quartaner (siebtes Schuljahr) entsprachen nach Leistungsstand und Vorbildung weitaus nicht dem, was die Studienräte früher von Quartanern alten Stils mit Recht erwarten durften.

Viele Eltern erlebten mit steigendem Unwillen, wie ihr bis dato so hoffnungsvoller Sprößling auf der Oberschule mit den Hausaufgaben nicht mehr nachkam und nur mit kostspieligen Nachhilfestunden vor dem Sitzenbleiben zu retten war. Ergebnis vom Standpunkt der Wissenschaftlichen Oberschulen: Zwei Jahre werden in der Grundschule nutzlos vertan und verspielt und müssen bis zum Abitur wieder eingeholt werden. So stand es ausführlich in einer Denkschrift zu lesen, die der „Verein der Lehrer und Lehrerinnen an den Wissenschaftlichen Oberschulen in Hamburg“ der Behörde übergab.

Nicht nur ergraute Gymnasialpädagogen, auch jüngere Oberschullehrer sind der Meinung: Solange die Anforderungen des Abiturs unverändert bleiben, braucht man die zwei Jahre, in denen die Kinder allem Neuen am ehesten aufgeschlossen sind und am leichtesten lernen. „Gelernt werden muß nun einmal — Vokabeln, unregelmäßige Verben und mathematische Regeln. Und Lernen tut weh, darüber hilft keine noch so fortschrittliche Schulreform hinweg, die es den Kindern beim Spielen beibringen will.“

Die Grundschule aber sah sich von den Studienräten zu Unrecht angegriffen. Sie hatte genugsam Schwierigkeiten gehabt, die ihr in den Schoß gefallenem zusätzlichen zwei Jahrgänge in den durch Bomben erheblich dezimierten Baulichkeiten unterzubringen und im gefürchteten „Mehrschichtenbetrieb“ (bei Klassenstärken von 40 — 50 Schülern) im Sinne des Kultursenators Landahl pädagogisch zu fördern.

Für Hamburg sah es eine Weile so aus, als könnte sich durch eine radikale Reform der radikalen Reform genau das wiederholen, was sich vor einigen Jahren im meerumschlungenen Nachbarstaat Schleswig-Holstein abgespielt hatte: Die



Exempel mit entrahmter Frischmilch
Landesschulrat Mathewes

Sozialisten reformierten dort ab 1948 den Schulbetrieb nach dem sechsjährigen Grundschul-Schema. Die Bürgerlichen, kaum in Kiel an die Macht gekommen, piffen 1951 die Grundschule wieder auf die ihr angestammten vier Jahre zurück. Das Chaos war erheblich.

Im Wahlprogramm des „Hamburg-Blockes“ wird deswegen nicht von einer radikalen Umkrempelung der Schulreform, wie sie der Politiker Blumenfeld angekündigt hatte, gesprochen. Das Wahlprogramm deutet eine Kompromißlösung an mit

- vierjähriger Grundschule für die späteren Schüler der Wissenschaftlichen Oberschule, damit die Begabten schneller vorrücken und die Grundschule mehr Zeit auf die weniger Begabten verwenden kann;
- sechsjährige Grundschule für die Schüler der Technischen Oberschule und der Praktischen Oberschule (welch letztere wieder „Volksschüler“ genannt werden).

Pädagogische „Fortschritte“ sollen beibehalten werden (wie zum Beispiel der „Gesamtunterricht“ in der Grundschule). So versichert FDP-Kandidat Dr. Hans Biermann-Rathjen: „Wir wollen keineswegs die Schule von 1910 wiederhaben.“

Die bürgerlichen Schulpolitiker haben schon nachdrücklich darauf hingewiesen, daß sie mit ihrem Programm die Grundlage für eine spätere bundesdeutsche Schulreform schaffen wollen. Die Reform auf breiter Ebene ist ihrer Ansicht nach fällig, wenn der jetzige „Bundeswirrwarr“ im Schulwesen nicht uferlos wuchern soll.

In den elf Ländern der Bundesrepublik gibt es heute acht verschiedene Schulsysteme und zwei Dutzend Stundenpläne mit 88 Unterrichtsvarianten.

THEATER

VAGANTEN

Gott im Niemandsland

Eine Kirche in der Sowjetzone. Es ist Abend. Dichtgedrängt sitzen 300 andächtige Zuhörer unter dem hohen Gewölbe. Das Echo wirft die Worte dumpf zurück, die der Mann auf der Kanzel spricht. Es ist diesmal nicht der Pfarrer, sondern ein junger Schauspieler aus Westberlin. Und was er sagt, sind keine Predigtworte, sondern Verse eines englischen Dichters, Christopher Frys Schauspiel „Ein Schlaf Gefangener“.

Zur gleichen Stunde spielen eine Handvoll junger Schauspieler dieses Stück in einem muffigen Fabrikgebäude Westberlins. 600 junge Beine trampeln dazu stürmischen Beifall. Es sind jugendliche Zonenflüchtlinge, die hier größtenteils zum ersten Male in ihrem Leben ein Theaterstück sehen.

Am gleichen Abend brennt in einer Wohnung der Flemingstraße 14, (West-) Berlin-Steglitz, noch lange Licht. Hinter seinen 3200 Büchern verschanzte, zieht der 40jährige Horst Behrend das Fazit dieses Abends. Denn die in der Zone spielen und jene, die das gleiche Stück zur gleichen Stunde in einem Flüchtlingslager zeigen, sind „doch meine Jungs“. Sie alle reisen unter dem gleichen Namen: „Die Vaganten“.

Von seinem ersten Broterwerb als Werbefachmann für eine Reederei hat Behrend viel zurückbehalten. Der Theaterleiter ist letzten Endes ein Werbechef geblieben. Einer, der die Trommel für das Christentum schlägt: hart und laut und deutlich. Und manchmal auch so unliterarisch, daß Westberlins weichherzigster Kritiker Gerhard Grindel (Drehbuch: „Über uns der Himmel“) vorsichtig formulierte: „Hier versagen die Maßstäbe der Theaterkritik. Hier muß mit etwas ganz anderem gemessen werden.“

Als Manager einer Theatergruppe spürte Behrend im russischen Kriegsgefangenenlager zum ersten Male, „daß man vor Tausenden, gerade von der Bühne her, in einem ganz besonderen Sinne christlich wirken kann“.

Angeregt durch Wolfgang Borcherts „Draußen vor der Tür“ und Günter Ruttenborns „Das Zeichen des Jona“ entschloß sich Behrend, auch als Zivilist Theater zu machen. Am 9. Februar gründete er in Westberlin „Die Vaganten“.

Mit Ernst Wiechert fürchtet und hofft Behrend zugleich von den Menschen, „daß ein Augenblick in ihrem Leben kommen könnte, in dem sie die short stories und Bestseller aus der Hand legen und sich an einen Gesangbuchvers zu erinnern versuchen, den sie als Kinder noch gelernt haben. Daß sie das Radio einmal abstellen und in dem ungeheuren Schweigen, das darauf folgt, wie verlassene Gespenster dasitzen, und wenn sie sich umsehen, können sie nichts als andere Gespenster sehen, die gleich ihnen vor den schweigenden Apparaten des Lärms sitzen“.

Nichts haßt Behrend so sehr wie die theologische Inzucht. Diesem „Christentum in Konservendosen — am besten noch ver-

Casino TRAVEMÜNDE

ROULETTE • BACCARA — GANZJÄHRIG

Größtrestaurants • Clubrestaurant • American Bar • Kurhaus-Hotel
Hansa-Hotel • bestens geeignete Häuser für Tagungen und
Konferenzen • Prospekte durch Casino-Werbeabteilung